

IN KÜRZE

Schiff mit Schwefelsäure auf Grund gelaufen

ISTANBUL – Bei starkem Wind ist ein mit Schwefelsäure beladener Tanker im Bosphorus auf Grund gelaufen. Die unter türkischer Flagge fahrende «Metin KA» konnte sich später jedoch selbst befreien und ihre Fahrt fortsetzen, wie die Hafenbehörde mitteilte. Deren Angaben zufolge war das Schiff bei Istanbul abgetrieben worden, woraufhin der Kapitän den Anker auswarf. Dennoch lief der Tanker in der Nähe des Wohngebiets Yeniköy auf Grund. Nach etwa zwei Stunden konnte der Kapitän schliesslich die Schiffsmotoren wieder starten und weiterfahren. Die Hafenbehörde betonte, dass während des Zwischenfalls keine Schwefelsäure ausgetreten sei. Der Bosphorus gilt als eine der meist befahrenen und damit auch gefährlichsten Wasserstrassen der Welt, wo es häufig zu Schiffsunfällen kommt.

«Oldendorff» nach 200 Tagen im Eis in Kapstadt

KAPSTADT – Nach knapp 200 Tagen im antarktischen Eis ist das deutsche Versorgungsschiff «Magdalena Oldendorff» am Freitag in den Hafen von Kapstadt eingelaufen. Das polartaugliche Schiff war im Juni in der Antarktis in Schelfeis geraten. Das Schiff konnte sich damals selber nicht befreien und musste schliesslich den Sommer abwarten. Auf der «Oldendorff» waren 107 Menschen, davon 79 Forscher, welche zuvor von der Plattform Nowolasarewskaja abgeholt worden waren. Hilfe kam vom südafrikanischen Versorger «Agulhas», der die 3360 Kilometer lange Strecke Kapstadt-Antarktis am schnellsten hinter sich brachte. Mit Helikoptern waren in der Folge 89 Menschen von Bord geholt worden.

Richard Gere kämpft in Indien gegen Aids

BOMBAY – Hollywoodschauspieler Richard Gere hat am Freitag zusammen mit Kollegen der indischen Filmindustrie «Bollywood» in Bombay Spenden für den Kampf gegen Aids gesammelt. Besonderes Anliegen der Filmstars ist es, auf die Gefahr der Übertragung des HI-Virus von Müttern auf ihre Kinder hinzuweisen. Gere nennt Indien oft seine zweite Heimat. In dem Land sind Schätzungen zufolge vier Millionen Menschen mit HIV infiziert. Ein Bericht der amerikanischen Regierung geht davon aus, dass die Zahl bis zum Jahr 2010 auf 25 Millionen ansteigen wird.

Fluggepäck in die USA nicht mehr verschlossen

WASHINGTON – USA-Reisende sollten ihr eingetragenes Fluggepäck künftig nicht mehr abschliessen. Sonst müssten sie sich darauf einstellen, dass ihre Koffer oder Taschen gewaltsam geöffnet und damit beschädigt würden, warnte das Ministerium für Transportsicherheit. «Wir haben keine andere Wahl, als verdächtiges Gepäck gewaltsam zu öffnen», sagte Staatssekretär James Loy am Donnerstag (Ortszeit). Die nach den Terroranschlägen vom 11. September eingeführten Richtlinien verlangen, dass alle auf den 429 US-Flughäfen eingetragenen Koffer auf Sprengstoff hin untersucht werden. Das war bislang nicht der Fall.

USA werben für Angriff

Blix fordert von London und Washington engere Zusammenarbeit

NEW YORK – Die US-Regierung versucht seit Freitag verstärkt, den Sicherheitsrat der Vereinten Nation von der Notwendigkeit eines Kriegs gegen Irak zu überzeugen. Die Regierung von Saddam Hussein habe internationale Forderungen missachtet, heisst es zur Begründung.

UN-Chefinspektor Hans Blix forderte die USA und Grossbritannien auf, enger mit den UN zusammenzuarbeiten. Wenn ihren Geheimdiensten Erkenntnisse über irakische Waffenprogramme vorlägen, sollten sie diese den UN zur Verfügung stellen.

Wie aus US-Regierungskreisen verlautete, hat Präsident George W. Bush inzwischen eine Verdopplung der amerikanischen Streitkräfte am Persischen Golf im Januar genehmigt. Verteidigungsminister Donald Rumsfeld werde die Marschbefehle in den kommenden ein bis zwei Wochen ausstellen. Die Überzeugungsarbeit im Sicherheitsrat sollen vor allem der amerikanische UN-Botschafter John Negroponte und Aussenminister Colin Powell leisten.

Den Grundton der amerikanischen Haltung hatte Powell schon am Donnerstag vorgegeben. «Das kann so nicht weitergehen», erklärte er unter Bezug auf die 12 000 Seiten umfassende irakische Waf-



Während sie derweil noch für den Angriff werben, proben die Amerikaner in Kuwait schon mal den Ernstfall.

fendeklaration. Sie sei «alles andere als genau und vollständig», was ein grundlegender Verstoß gegen die UN-Resolution sei. «Ich befürchte, wir sind sehr entmutigt, wenn es darum geht, eine friedliche Lösung zu finden», sagte Powell.

Die amerikanische Feststellung eines «grundlegenden Verstosses» wurde von Beobachtern in Washington als Wendepunkt im Irak-Konflikt gedeutet. Aus dem Weis-

sen Haus verlautete, diese Entscheidung bedeute, dass Bush sich auf Krieg vorbereite. Ob es zu einem Militärschlag kommt, werde Bush wohl um den 27. Januar entscheiden, wenn auch der Abschlussbericht der Waffenkontrollleute vorliegt. Blix beklagte, die britische und die US-Regierung machten geltend, dass Irak entgegen eigenen Angaben über Massenvernichtungswaffen verfüge, sie gäben

jedoch keine entsprechenden Informationen weiter. «Wenn Grossbritannien und die USA Beweise haben, sollte man doch meinen, dass sie uns sagen könnten, wo das Zeug ist.» Derzeit seien die Inspektoren weder in der Lage, die irakischen Angaben zu bestätigen noch sie zu widerlegen. Anders als die westlichen Geheimdienste könnten sie nicht auf moderne Spionagetechniken zurückgreifen.

Zehntausende auf der Strasse

Grossdemonstration gegen Wirtschaftspolitik in Argentinien

BUENOS AIRES – Zehntausende von Menschen haben am Freitag in Argentinien Hauptstadt erneut gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung und den Internationalen Währungsfonds (IWF) demonstriert. Sie erinnerten zugleich an den Sturz von Fernando de la Rúa als Präsident vor einem Jahr.

Dieser hatte angesichts anhaltender Demonstrationen vor genau einem Jahr an Bord eines Helikopters das Weite gesucht. Vier am Montag in der Provinz aufgebrochene Demonstrationen zogen am Freitag durch die Stadt und sich am Abend vor dem Regierungssitz an der Plaza de Mayo zu einer Massenkundgebung versam-



Zehntausende demonstrierten gestern in Argentinien gegen die Regierung.

mel. Ein Rekordaufgebot von etwa 12 000 Polizisten war im Einsatz und schützte insbesondere öffentliche Gebäude und Banken. Viele der Ladenbesitzer in Buenos Aires haben sich zur Sicherheit vor allfälligen Plünderern bewaffnet. Bereits am Donnerstag hatten Zehntausende von Menschen gegen die Wirtschaftspolitik protestiert. Vor einem Jahr waren die Proteste in gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizisten umgeschlagen. 30 Menschen waren getötet worden. Argentinien kämpft unter seinem derzeitigen Präsidenten Eduardo Duhalde mit einer der schwersten Wirtschaftskrisen seiner Geschichte.

Hartz durchgeboxt

Kanzlermehrheit überstimmt Gegner

BERLIN – Die ersten Reformgesetze der rot-grünen Koalition nach der Wahl können pünktlich zum 1. Januar in Kraft treten. Mit Kanzlermehrheit wies der Bundestag in seiner letzten Sitzung vor der Weihnachtspause drei Mal Einsprüche des Bundesrats zurück.

Die Länder hatten zuvor Veto gegen einen Teil der Hartz-Gesetze, gegen die Ökosteuerreform und die Beitragssätze in der Renten- und Krankenversicherung erhoben.

Trotz Krankheit der SPD-Abgeordneten Herta Däubler-Gmelin boxte die Koalition am Freitag die Gesetze in namentlicher Abstimmung mit drei Stimmen mehr als

der erforderlichen absoluten Mehrheit durch. Eine Aussprache im Bundestag zu den Themen fand nicht mehr statt. In der Länderkammer war zuvor scharfe Kritik laut geworden. So warf der hessische Ministerpräsident Roland Koch der Regierung vor, «schwerwiegende Verwerfungen im Gesundheitswesen» in Kauf zu nehmen und Apotheken in den Ruin zu treiben.

Für den Teil der Hartz-Gesetze, dem die Länder zustimmen musste, war bereits im Vermittlungsausschuss ein Kompromiss gefunden worden. Dort wurde die Einkommensgrenze bei Mini-Jobs von bisher 325 auf 400 Euro heraufgesetzt und einer Ausdehnung des Niedriglohnbereiches zugestimmt.

Streik in Venezuela

Rücktritt von Chávez gefordert

CARACAS – In der venezolanischen Hauptstadt Caracas haben erneut Hunderttausende Demonstranten den Rücktritt von Präsident Hugo Chávez gefordert. Mit diesem «Megamarsch» wollte die bürgerliche Opposition auch die streikenden Ölarbeiter unterstützen.

Die Behörden warnten die Demonstranten, sich dem Präsidentenpalast zu nähern. Sicherheitskräfte würden dies verhindern. Mehrere tausend Chávez-Anhänger versammelten sich zu einer Demonstration für den Präsidenten.

Venezuelas Erdölindustrie war zuvor trotz eines höchstrichterlichen Verbots weiter bestreikt worden. Die Opposition rief zur Fort-

setzung des Ausstandes auf und die Ölarbeiter wollen notfalls auch über die Festtage weiter streiken.

Die Angestellten der staatlichen Ölgesellschaft PDVSA stimmten am Freitag für die Fortsetzung ihres Generalstreiks. Sie seien sich einig, den Streik fortzusetzen, bis Chávez nicht mehr im Amt sei, hiess es in einer Erklärung, die PDVSA-Chef Horacio Medina vor Angestellten der Firma verlas.

Das Oberste Gericht in Caracas hatte am Donnerstag ein Ende des Ausstands angeordnet. Um den Streik gegen die staatliche Ölgesellschaft zu beenden, sollten «alle Erlasse und Resolutionen» der Regierung angewendet werden.